

Solidarische Stadt: Von Kommunalpolitik zu Stadtpolitik

(Kurzfassung Vortrag 4. Dezember 2020)

Prof. Dr. Frank Eckardt, Bauhaus Universität Weimar

Die Revitalisierung der Solidarität erscheint unter den Bedingungen von Corona für das Zusammenleben in den Städten wichtiger zu sein als je zuvor. Mit dem Appell an das solidarische Verhalten werden die Bürger*innen heute dazu motiviert, in vielen alltäglichen Lebensbereichen Einschränkungen hinzunehmen und sich schützend für die besonders gefährdeten Personen zu verhalten. Solidarität wird auf diese Weise zu einem Verhalten, das vor allem von der Haltung und dem Handeln des Einzelnen abhängt. Eine alternative Perspektive ergibt sich, wenn man Solidarität als ein gemeinschaftliches Projekt versteht, das sich vor allem in lokalen Zusammenhänge realisieren lässt. Die vorhandenen Strukturen des sozialen Ausgleichs und der Fürsorge wurden aus dieser Sichtweise heraus entwickelt und kommen in einem ausdifferenzierten Sozialsystem und der Entwicklung des Wohlfahrtsstaats zum Ausdruck. In vielen politischen Handlungsfeldern ist allerdings festzustellen, dass mit der institutionellen Landschaft der Kommunalpolitik die neuen Herausforderungen an das solidarische Handeln nicht realisiert werden können. Holistische und ressortübergreifende Konzepte sind deshalb seit den 1990er Jahren in der Diskussion, werden nun aber in der multiplen Krise (Pandemie, Klimawandel, Bedrohung der natürlichen Vielfalt und Ressourcen, wachsende soziale Segregation, Populismus) umso dringender. Kurzgefasst kann man dies als eine Stadtpolitik beschreiben, in der kommunales Handeln immer als ein Mehr-Felder-Handeln zu sehen ist.

1. Stadtpolitik: wozu?

Eine solidarische Stadt benötigt eine neue normative Ausrichtung von lokaler Sozialpolitik, in der vor allem die soziale und Umweltgerechtigkeit zusammengeführt werden. Das bedeutet beispielsweise, dass nachbarschaftliche Verbesserung (etwa Tempo 30-Zonen) im Kontext der Mobilitätswende für die Stadt insgesamt realisiert werden müssen, so dass keine Verschiebung von Umweltbelastungen in die Stadtteile mit Umgehungs- und Durchgangsstraßen, wo vermehrt Menschen mit wenig Einkommen leben, stattfindet.

2.Stadtpolitik: für wen?

Die normative Neuausrichtung muss sich in einer Priorisierung des Schutzes und der Sorge als Ziel lokaler Politik für die schwachen Interessen in der Stadt übersetzen. Das bedeutet eine Absage an Investoren-Förderung, für die sog. „Stadt-Entwicklung“. Stattdessen sind Menschen, Vereine, Unternehmen, Dienstleistungen und allgemeine Güter in den Vordergrund zu stellen, die für die Stadt „systemrelevant“ sind und die oftmals keine Lobby haben.

Insbesondere die Corona- Krise verdeutlicht, dass die vulnerablen Gruppen in der Stadt diejenigen sind, die bereits in schwierigen Umständen arbeiten, wohnen und leben.

3. Stadtpolitik: wie?

Eine solidarische Stadt im Sinne einer holistischen Stadtpolitik wird sich deshalb vor allem um segregierte Stadtteile und Nachbarschaften kümmern müssen.

Hierbei sind langfristige und auf Strukturänderungen abzielende Programmatiken notwendig:

Anti-Segregationspolitik: Die Stärkung der Bildungsinstitutionen in benachteiligten Nachbarschaften muss die weiteren Abkoppelung von Kindern aus prekären Lebensverhältnissen von den zukunftssträchtigen Bildungs- und Arbeitsmärkten verhindern.

Disperse Wohnungspolitik: Neben den Bildungsangeboten ist dafür auch eine sozial attraktive und gemischte Nachbarschaft wichtig. Die Schaffung von Zugängen zu Wohnraum in sozial gemischten Stadtteilen ist insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund schwierig und muss institutionell gefördert werden.

Aktive Anti-Diskriminierungspolitik: Blockaden bei der Integration in sozial gemischten Stadtteilen, Bildungsinstitutionen und dem Arbeitsmarkt resultieren aber vor allem auch auf der weiten Verbreitung von Vorurteilen. Kontakt-Maßnahmen zu deren Abbau sind deswegen dringend und gleichzeitig als Daueraufgabe zu betrachten.